

Genauso scheinheilig ist doch die Platzausbaugarantie, die Sie vor sich hertragen, weil Sie wissen, dass fast jede Kita heutzutage nicht mit Investitionsmitteln, sondern über Mietpauschalen refinanziert wird. Bei den Mietpauschalen machen Sie nichts. Kein Cent kommt da drauf.

Darum stockt in Zukunft der Kita-Ausbau weiter, und jeder Platz, der in Zukunft nicht geschaffen wird, ist ein Platz, der auf Ihre Kosten geht.

(Beifall von der SPD)

Ich habe mich gefreut sowohl über die Aussage des Ministers als auch von Herrn Hafke, dass Sie morgen gerne noch intensiver über die SPD-Vorschläge reden möchten. Das ist ja wunderbar.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Zweite Lesung!)

– Morgen haben wir die dritte Lesung.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Die zweite Lesung!)

Da sollten wir uns dann wirklich konzentrieren auf Vorschläge, die in die Zukunft weisen. Das können wir dann morgen machen. Ich sage Ihnen: Bring it on. Wir werden da sein und die entsprechenden Forderungen stellen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Maelzer. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen jetzt zu folgendem Vorgang: Die SPD-Fraktion hat eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs beantragt. Nach § 78 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung findet eine dritte Lesung auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Mitglieder des Landtages statt.

Der Antrag muss vor Schluss der Beratung der zweiten Lesung schriftlich beim Präsidenten eingereicht werden. Diese Voraussetzungen sind gegeben.

Gemäß § 78 Abs. 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung kann die dritte Lesung unmittelbar nach Abschluss der zweiten Lesung erfolgen, wenn nicht eine Fraktion oder ein Viertel der Mitglieder des Landtags widerspricht. In diesem Fall findet die dritte Lesung frühestens am nächsten Sitzungstag statt.

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom heutigen Tag der Durchführung unmittelbar im Anschluss an die zweite Lesung widersprochen.

Deshalb kommen wir heute nur zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/6726 – Neudruck – in zweiter Lesung.

Die Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf findet dann gemäß § 78 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung am Schluss der dritten Lesung statt. Im Anschluss daran stimmen wir auch über die Entschließungsanträge ab.

Stimmen wir nun also ab über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/6726 – Neudruck – in zweiter Lesung. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend empfiehlt in Drucksache 17/7934 – Neudruck –, den Gesetzentwurf Drucksache 17/6726 – Neudruck – in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer also stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir nicht. Die Koalitionsmehrheit reicht aus, und der **Gesetzentwurf Drucksache 17/6729 – Neudruck** – ist damit **in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in zweiter Lesung ...**

(Beifall von der CDU und der FDP)

– Ihr klatscht zu früh. Ich muss ja noch „**angenommen**“ sagen. Jetzt könnt ihr klatschen; dann ist es so, wie es sein soll.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich rufe auf:

4 Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige in Landeseinrichtungen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7905

Es spricht dazu für die AfD-Fraktion Frau Walger-Demolsky.

(Zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal – Andreas Keith [AfD]: Wir warten ab, bis sich der Saal geleert hat!)

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schade, Frau Wermer, ich war so gespannt, wie insbesondere eine stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union es gleich geschafft hätte, den Antrag der AfD in gewohnter Weise zu diskreditieren. Schade.

Immerhin hat die Junge Union am letzten Wochenende auf dem CDU-Bundesparteitag einen ähnlichen Antrag gestellt. Dass dieser Antrag von der Jungen Union von Ihrer Programmkommission mit Blick auf

den Erhalt der links-grünen Koalitionsfähigkeit verwässert wurde, ist durchaus bedauerlich. Genauso bedauerlich ist es, dass Sie sich gleich mit unserem Antrag nicht sachlich und fachlich auseinandersetzen werden.

Warum ist es wichtig, an jeder Stelle, an der es das Asylbewerberleistungsgesetz vorsieht, das Sachleistungsprinzip konsequent anzuwenden?

Derzeit bekommen Asylbewerber und Ausreisepflichtige in Landeseinrichtungen 136 Euro Taschengeld in bar, gedacht zur Finanzierung erforderlicher Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs.

Dieses Geld fließt aber zum Teil per Westernunion oder Hawala-Banking direkt in die Heimat der Asylbewerber. Zum Beispiel entsprechen 136 Euro in Nigeria fast genau dem dortigen Durchschnittseinkommen in Höhe von 138 Euro.

Somit stellt eine solche Überweisung natürlich deutlich einen Beitrag für das Leben der Familien in der Heimat oder auch für die Rückzahlung der Schulden, die durch Schleusungskosten entstanden sind, dar.

Falsch ist aber die Einschätzung der Bundesregierung, dass diese Transfers als eine sinnvolle Ergänzung zur Entwicklungshilfe zu sehen sind, denn sie sind nicht steuerbar und unterliegen keiner zielgerichteten Verwendung.

Anhand der wechselnden Leistungsstruktur für Flüchtlinge in Dänemark konnte eine Studie des Dänen Henrik Kleven von der Princeton University belegen, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen den Sozialleistungen und der Anzahl der Asylbewerber besteht.

In Dänemark wurden die Leistungen im Jahr 2002 deutlich gekürzt; fast gleichzeitig ging die Migrationsbewegung dorthin deutlich zurück. Als die Mitte-links-Regierung die Leistungen wieder erhöhte, stiegen auch die Einwanderungszahlen wieder signifikant an.

In der Zeit, in der die Leistungen reduziert waren, blieben die Migranten nicht etwa in Dänemark. Die Nachbarländer Dänemarks verzeichneten eine erhöhte Zuwanderung von Flüchtlingen, die zuvor in Dänemark registriert worden waren.

Bargeld ist ein Pull-Faktor: Je mehr Geld verteilt wird, desto attraktiver ist ein Land für Armutsmigranten. So wie die Sonne und die günstigen Lebenshaltungskosten unsere Rentner nach Südeuropa locken, so wenig attraktiv ist Spanien gleichzeitig mit seinen 50 Euro Taschengeld für Asylbewerber.

Diese reisen lieber schnell durch, ebenso durch das ungastliche Frankreich, direkt nach Deutschland. Es geht ihnen eben nicht allein um Sicherheit und Frieden; das zeigt das mangelnde Interesse, im EU-Eintrittsland einen Asylantrag zu stellen.

Es locken aber auch nicht unsere Demokratie, unsere moderne Gesellschaft oder gar unsere Kultur, sondern es ziehen soziale Leistungen und die Versprechen einer deutschen Kanzlerin, die inzwischen zum Beispiel in Afrika wie eine Ikone verehrt wird.

Mit solchen Leistungen locken wir nicht die gut ausgebildeten, sofort leistungsbereiten, leicht integrierbaren Migranten. Diese suchen kein Land, das Taschengeld sofort in bar auszahlt, sondern sie suchen ein Land mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen sowie möglichst geringen Abgaben.

Leider sind wir in dieser Hinsicht alles andere als Spitzenklasse. Die Briten, die Skandinavier und sogar die Niederländer haben uns da etwas voraus.

Stellen Sie die Systeme richtig auf, trennen Sie endlich Arbeitszuwanderung, Armutszuwanderung und Asyl. Reduzieren Sie freiwillige Leistungen und beseitigen Sie unnötige Pull-Faktoren. Eine Guthabekarte wäre da der erste Schritt.

Keine Begrenzung der Leistungen, sondern eine Kanalisierung der Leistungen und eine Bindung an den eigentlichen Zweck – nicht mehr und nicht weniger.

Wenn Sie die Umstellung dann durchgeführt haben, stellen Sie Ihr Know-how auch den Kommunen zur Verfügung, denn auch dort wäre die Umstellung von Barauszahlungen auf Guthabekarten sehr hilfreich, nicht zuletzt auch, weil das Geld dann dortbleibt, wo es herkommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Walger-Demolsky. – Nun spricht Herr Franken für die CDU-Fraktion.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich bemühen, ein würdiger Ersatz für unsere liebe Kollegin Frau Wermer zu sein. Scheinbar kann ja nur sie auf dieses Thema antworten. Ich werde Ihnen aber zeigen, dass es durchaus sinnvolle Argumente für eine Entgegnung zu Ihrem Antrag gibt.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Auch bei diesen Plenartagen merken wir wieder, dass sie nicht an uns vorbeiziehen, ohne dass die AfD für ihre selbst angerührte Migrationsuppe immer schärfere Zutaten nutzen muss, damit dieses Süppchen irgendwie weiterkocht.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Mit falschen Behauptungen und der gewohnten Faktenferne, die wir in zweieinhalb Jahren ja immer wieder kennenlernen durften, konstruiert die AfD rund um die Asylbewerber eine Problematik, die so schlichtweg nicht besteht.

(Beifall von Berivan Aymaz [GRÜNE])

In Ihrem Antrag heißt es, dass unsere scheinbar viel zu hohen Sozialleistungen Flüchtlinge anlockten, damit diese das gezahlte Geld in ihre Heimatländer transferierten – das nennt man dann Rücküberweisung.

Um diese Aussage zu stützen, verweisen Sie auf eine Antwort der Bundesregierung von 2018 mit Zahlen aus 2016. Sie wärmen also alten Kaffee wieder auf und können einfach nicht überdecken, dass wir damals ganz andere Rahmenbedingungen hatten als heute.

(Beifall von der CDU, der FDP und Berivan Aymaz [GRÜNE] – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Schade ist, dass Sie leider nicht das ganze Dokument der Bundesregierung gelesen haben, denn unter Punkt 12 fällt Ihr kleines ideologisches Kartenhaus schnell in sich zusammen. Dort heißt es nämlich knapp: „Ein Zusammenhang zwischen Rücküberweisungen und gestiegener Migration“ lässt sich aufgrund der vorliegenden Informationen nicht belegen.

(Beifall von der CDU und Berivan Aymaz [GRÜNE] – Sven Werner Tritschler [AfD]: Wenn die Bundesregierung das sagt!)

– Natürlich lügen immer alle, und nur Sie sprechen die Wahrheit.

Dennoch stellen Sie heute, ein Jahr, nachdem die Bundesregierung ihre Antwort verfasst hat – noch mal: mit den Zahlen aus 2016 – und nachdem all Ihre Landtagsfraktionen bundesweit das Thema schon wie eine Sau durchs Dorf getrieben haben, einen solchen Antrag. Das ist für mich ein klarer Beleg dafür, dass Ihr inhaltlicher Vorratsschrank leer gefegt ist und Sie nur noch mit abgelaufenen Zutaten köcheln können.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Wenn Sie den Antrag aber schon einbringen, nehmen wir uns kurz die Zeit und nehmen ihn inhaltlich noch weiter auseinander.

(Helmut Seifen [AfD]: Sie hätten doch lieber Frau Wermer reden lassen sollen!)

Die Hauptherkunftsländer der Asylbewerber und damit auch der Sozialleistungsempfänger hier bei uns in Nordrhein-Westfalen sind Syrien, der Irak und die Türkei.

Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass die drei Länder mit dem höchsten Anteil bei den Rücküberweisungen aus Deutschland Libanon, Vietnam und Nigeria sind. Es handelt sich also überhaupt nicht um dieselben Schwerpunktländer.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Da es in dem Zusammenhang außerdem nur um die Betroffenen in den Landeseinrichtungen geht, reden wir gerade einmal über 800 Personen.

(Helmut Seifen [AfD]: Immerhin!)

Wenn das der Skandal, Ihre Daseinsberechtigung und Ihr großes Thema sind, erkennt man direkt, wie absurd Ihre Programmatik ist.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ein Asylbewerber in Landeseinrichtungen erhält nämlich neben den Sachleistungen, die es mittlerweile schon gibt – das haben wir schon umgestellt –, gegenwärtig maximal 135 Euro Taschengeld, um seinen notwendigen persönlichen Bedarf zu decken – dazu gehören persönliche Hygieneartikel, Handy, Teilhabe am sozialen Leben usw.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Und dafür ist keine Guthabekarte möglich?)

Die Aussage, Flüchtlinge nähmen all die Strapazen und Lebensgefahren eines langen Fluchtweges sowie die Kosten für Schleuser und alles, was sonst noch anfällt, nur auf sich, um in unserem Land Sozialleistungen in Form von Taschengeld in Höhe von 135 Euro zu beziehen, ist einfach lächerlich.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Genau! Das ist absurd! – Widerspruch von Helmut Seifen [AfD])

Wer der Mathematik Herr ist, kann schnell ausrechnen, dass 800 Leute mit 135 Euro im Monat nicht maßgeblich zum BIP des Heimatlandes beitragen können.

(Helmut Seifen [AfD]: Wie naiv Sie sind!)

Auch das ist also lächerlich.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zurufe von Dr. Christian Blex [AfD] und Helmut Seifen [AfD])

Ihre Ausführungen zu offenen Grenzen machen eines wieder ganz klar; wir haben es schon gestern von Ihnen gehört: Sie denken im nationalen Kleinklein vergangener Tage, wollen Grenzen und Mauern wieder errichten und die Menschen spalten.

(Beifall von der CDU und Berivan Aymaz [GRÜNE] – Widerspruch von Helmut Seifen [AfD])

Wir empfinden die EU als Projekt, das Frieden schafft und Freiheit und unseren Wohlstand sichert.

(Helmut Seifen [AfD]: Fragen Sie mal Herrn Macron und Frau Merkel! – Widerspruch von Gordan Dudas [SPD])

Genau in diesem Fall ist doch die EU mit dem Schutz der Außengrenze durch Frontex und der Aufstockung auf 10.000 Beamte in den nächsten Jahren die Lösung. Wir bewältigen die kommenden Herausforderungen nur gemeinsam und nicht mit Ihrer Nationalstaaterei.

Ich komme zum Schluss. Ich möchte nicht in Ihrer Haut stecken. Sie sitzen auf Ihrem braunen Pulverfass. Die Lunte hat leider nicht gezündet, Ihr Pfeilköcher ist leer, und, wie wir sehen, gehen Ihnen ganz offensichtlich die Ideen völlig aus.

(Widerspruch von Dr. Christian Blex [AfD])

Es steht anscheinend nicht zum Besten um die Alternative, die eigentlich keine Alternative ist. Das erkennen immer mehr Menschen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das ist nicht schwer!)

Wir stimmen aus guter Gepflogenheit Ihrer Überweisung zu. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Franken. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Frau Lux.

Eva Lux (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Und täglich grüßt das Murmeltier – so könnte man diesen AfD-Antrag auch überschreiben.

Heute steht mal wieder die Forderung im Raum, dass Asylbewerber – „Menschen“ traut man sich gar nicht mehr zu sagen –, die in Landeseinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften leben, keinerlei Geld zur freien Verwendung erhalten sollen.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Stattdessen soll sowohl der notwendige Lebensbedarf als auch der minimalste persönliche Bedarf per Sachleistungen oder über unbare Zahlungsmittel gedeckt werden.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Nein!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Walger-Demolsky?

Eva Lux (SPD): Nein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage.

Eva Lux (SPD): Für Zwischenfragen werden wir ja vermutlich im Ausschuss noch genügend Zeit haben.

Ich möchte das Für und Wider von Sachleistungen hier gar nicht mehr aufrollen. Meiner Meinung nach ist das eine ideologische Debatte, die keinerlei praktisches Problem löst, weder für die Behörden und Unterkünfte noch für die Asylbewerber.

Zu Ihrer Aussage, Geldleistungen seien Pull-Faktoren: Liebe Leute, die Menschen, die hierhin kommen, träumen mit Sicherheit nicht von Asylbewerberleistungen, sondern von einer Zukunft für sich und ihre Kinder,

(Zurufe und Widerspruch von der AfD)

um sicher vor Krieg zu sein und keine Angst zu haben. Dass irgendjemand für 135 Euro durch das Mittelmeer schwimmt, diese Aussage sagt am Ende doch nur etwas über den Sender dieser Botschaft aus.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das kann man nicht oft genug wiederholen. – Danke, Herr Kollege Franken.

Über Missbrauch von Geld kann man trefflich streiten. Unstrittig sollte zum Beispiel der Missbrauch durch Steuerhinterziehung oder Wahlkampfspendenverschleierung sein. Ich möchte hier nicht die Summen vergleichen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der AfD)

135 Euro, meine Damen und Herren, kann man ausgeben, kann man sparen oder an Menschen, die noch weniger haben, verschenken. Das ist völlig legal. Wie schrecklich: Gerade die Ärmsten unter uns geben für andere großzügig und ohne Spendenquittung.

Was sind die Fakten? – Was den persönlichen Bedarf angeht, so hat das Bundesverfassungsgericht bereits im Jahr 2012 verfügt, dass der sogenannte persönlich notwendige Bedarf in Form von Geld ausbezahlt werden muss. Warum Sie sich in Ihrem Antrag auf dieses Urteil beziehen und dann das Gegenteil fordern, ist mir schleierhaft.

Was den notwendigen Lebensbedarf betrifft, also die allgemeine Grundversorgung für Asylbewerber, so gibt es hier in einer Sollregelung den Vorrang von Sachleistungen gegenüber Geldleistungen. Das heißt, wenn möglich und sachdienlich, soll der Bedarf der Asylbewerber durch Sachleistungen statt Geldleistungen gedeckt werden. Ich wiederhole: wenn möglich und sachdienlich soll, nicht muss. Dementsprechend wird in den Landeseinrichtungen das Allermeiste bereits durch Sachmittel bereitgestellt. Ob das richtig, sparsam und angemessen ist, sei dahingestellt.

Bei den kommunalen Unterkünften liegt die Sache aber anders. Sie unterliegen der kommunalen Selbstverwaltung.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Im Antrag steht nichts von kommunalen Unterkünften!)

– Lesen Sie Ihren Punkt III.

Es ist die Entscheidung der Kommunen, wie sie im Rahmen der Gesetze Asylbewerber – oder vielleicht doch Menschen – unterbringen und versorgen. Hier hat sich das Land schlicht herauszuhalten.

Dieser nette kleine AfD-Antrag erweist sich im Land wie in der Kommune als reine Symbolpolitik.

Ich selbst komme aus Leverkusen und bin sehr stolz darauf, dass nach uns das sogenannte Leverkusener Modell benannt ist. Wir haben als eine der ersten Städte konsequent versucht, Asylbewerber in normalen Privatwohnungen unterzubringen. Bei dieser Form der Unterbringung spielen Sachleistungen einfach eine untergeordnete Rolle.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Hören Sie zu, dann lernen Sie vielleicht noch etwas.

Wir haben das übrigens zum einen aus Gründen der besseren Integration der Menschen in die Stadtgesellschaft gemacht, zum anderen – das ist wesentlich – jedoch, weil es die Stadt schlicht weit weniger Verwaltungsaufwand und Geld kostet.

Damit erübrigt sich eigentlich schon die weitere Debatte. Sie ist ohnehin längst von allen Seiten durchgekaut, nicht zuletzt – auch das gehört zur Wahrheit – weil CDU und CSU dieses Pferd bereits – symbolisch – totgeritten haben.

Ich bin mir leider sicher, dass unsere AfD-Murmeltiere heute nicht das letzte Mal begrüßt haben. Aus Höflichkeit werden wir der Überweisung an die Ausschüsse zustimmen. Aber für das nächste Mal, liebe AfD: Wenn Sie schon kein Mitgefühl für Flüchtlinge haben, dann vielleicht für arme, unschuldige Pferde. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Lux. Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. – Frau Walger-Demolsky spricht für die Fraktion. Bitte schön, Frau Walger-Demolsky.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Lux, von Menschen kann man nicht sprechen, wenn man ganz klar nur eine Gruppe benennen will; denn wir möchten nicht alle Leistungen an alle Menschen verteilen, sondern es ging um Asylbewerber in Unterkünften des Landes.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Sind das keine Menschen?)

Das muss man schon klar benennen, tut mir leid. Ich möchte nicht die Angestellten dort auch mit Guthabenkarten bezahlen.

An dem Betrag wollen wir nichts ändern. 135 Euro haben mit der Kaufkraft zu tun. In Österreich – mit einer ähnlichen Kaufkraft – gibt es nur 40 Euro, in Spanien 50 Euro, in Schweden 70 Euro, in Italien 75 Euro, in Griechenland 90 Euro. Wir wollen nichts an der Summe ändern.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Der Unterschied zwischen Bargeld und einer Guthabenkarte ist am Ende, wenn ich es hier für meinen täglichen Bedarf ausbebe, gar keiner. Sie gehören doch alle zu den Parteien, die durchaus bereit sind, das Bargeld in Deutschland abzuschaffen.

(Stefan Lenzen [FDP]: Ach ja?)

– Ja, Sie von der FDP vielleicht nicht.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Während über Karten und nachvollziehbare Systeme zu bezahlen im Grunde das Ziel ist, empfinden Sie es als unangemessen, Leistungen für Asylbewerber über eine Karte auszuzahlen. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Lux, Sie haben 1:30 Minute für eine Reaktion. Bitte schön.

Eva Lux (SPD): Frau Walger-Demolsky, eigentlich müsste man über Ihre Bandbreite überrascht sein. Sie sprechen Menschen das Menschsein ab. – Das ist das Erste.

(Zurufe von der AfD: Hä?)

Das Zweite: Vorhin haben Sie sehr ausführlich über Kürzungen, Kürzungen, Kürzungen gesprochen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Jetzt wird wieder nicht gekürzt, und wir kommen zur Abschaffung des Bargeldes.

Ich sage: Das ist keine Alternative für Deutschland, das ist nur noch die Destruktive für Deutschland. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Lux. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Lenzen.

Stefan Lenzen (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Meine Vorredner haben sich – ich habe Herrn Franken und Frau Lux aufmerksam zugehört – sehr sachlich mit Ihrem Antrag auseinandergesetzt. Sie, Frau Walger-Demolsky, haben vorher gesagt, das würden wir mal wieder nicht tun. Auch ich – ich denke, das haben Sie inzwischen mitbekommen – werde mich sehr sachlich mit Ihrem Antrag auseinandersetzen.

Das Spannende ist immer, ob das so viel Sinn macht, denn spätestens im Ausschuss – das kommt öfter bei Ihnen vor – ziehen Sie den einen oder anderen Antrag auch einfach mal zurück – das haben wir schon erlebt – frei nach dem Prinzip: Hier veranstalte ich den Klamauk, und im Ausschuss verweigere ich die Arbeit.

(Beifall von der FDP – Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Einmal!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Walger-Demolsky?

Stefan Lenzen (FDP): Jetzt? Gern. Ich habe zwar noch gar nicht viel erzählt. Aber wenn das schon dazu führt ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Gern. – Dann bitte, Frau Walger-Demolsky.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist eine Verständnisfrage!)

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Herr Lenzen, einen Antrag haben wir zurückgezogen, weil er tatsächlich einen sachlichen Fehler enthalten hat.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist dann nicht der eine oder andere. Können Sie mir da recht geben? Also, einer ist nicht der eine oder andere, einer ist einer, und zwar von vielen.

Ich glaube, ich habe allein in unserem Ausschuss 14 Anträge gestellt, und davon hatte ein Antrag einen Fehler, einen sachlichen Fehler. Können Sie das nachvollziehen? Einer und nicht der eine oder andere?

(Gordan Dudas [SPD]: In meinem Ausschuss wird auch mal zurückgezogen!)

Stefan Lenzen (FDP): Vielen Dank für die Zwischenfrage. Ich sitze einmal als Obmann im Ausschuss für Integration und Flüchtlinge. Dann bin ich Sprecher für Arbeit und Soziales, und ich bin auch im Kommunal Ausschuss. Ich glaube, zur Halbzeit kann man schon einen ersten Eindruck gewinnen. Der lässt sich im

Nachgang gern verifizieren. Da können wir die Statistik zusammenstellen; die habe ich jetzt natürlich nicht präsent.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Aber ich glaube, irgendwann ist es nicht mehr ein einzelner Eindruck. Was habe ich so erlebt in den Ausschüssen? Entweder Sie sind nicht da,

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Wann?)

oder, wenn Sie da sind, bringen Sie sich nicht ein, oder ziehen Sie Anträge zurück, oder finden Sie keine Sachverständigen. Das heißt, irgendwann haben Sie es auch aufgegeben, Anhörungen zu beantragen. Dann gehen Sie in eine schriftliche Anhörung. Das haben wir alles schon erlebt. Sie haben schon Anträge vertagt, dann haben Sie die Anträge einfach wieder einkassiert.

Wenn ich allein in den drei Ausschüssen, in denen ich bin, nach zweieinhalb Jahren das Engagement der AfD-Fraktion sehe, dann muss ich den Spruch nennen: ohne Fleiß kein Preis. Deswegen gewinnen Sie auch keinen.

(Beifall von Gordan Dudas [SPD] – Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Schön, dass ich jetzt wieder zum Antrag sprechen darf. Das haben Sie ja eingefordert. Aber das setzt voraus, dass Sie mir jetzt zuhören, wenn ich mich mit Ihrem Antrag auseinandersetze.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Wie Sie wissen sollten, gibt es eine Studie des UN-Entwicklungsprogramms, UNDP. Demnach kommen vor allem Menschen zu uns, die in ihren Heimatländern im Vergleich zur dortigen Durchschnittsbevölkerung besser verdient haben und auch über ein höheres Bildungsniveau verfügen, was insbesondere für Migrantinnen gilt. Das zeigt schon, dass die Grundannahme Ihres Antrags schlicht falsch ist.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

– Ich habe die Debatte verfolgt. Die beiden dahinten beteiligen sich immer sehr engagiert und wortreich. Spätestens da ist, glaube ich, der Punkt erreicht. Wenn die AfD es irgendwann mal ernst nehmen sollte, zu sagen: „Wir dulden keine Nazis in unseren Reihen“, dann sollten Sie damit anfangen, die beiden auszuschließen. Aber ich glaube, dazu fehlt Ihnen der Mut.

(Beifall von der FDP und Gordan Dudas [SPD])

Bleiben wir doch bei den Fakten. Wenn Sie allein bei der Höhe des bar ausgezahlten Taschengelds von einem Pull-Faktor sprechen und dass dafür – das haben meine Vorredner schon klargestellt – der gefährliche und oft tödliche Weg nach Europa und nach

Deutschland auf sich genommen wird – allein in diesem Jahr über 1.000 Tote, die im Mittelmeer ertrunken sind –, wenn Sie das als großen Anreiz bezeichnen, dann muss ich sagen: Sie sind völlig weltfremd.

(Heike Gebhard [SPD]: Zynisch!)

Ich darf Ihnen noch ein paar Fakten mit auf den Weg geben:

Erstens. Ich glaube, es ist unbestritten, dass Deutschland eines der wohlhabendsten und wirtschaftlich erfolgreichsten Länder Europas ist. Das gilt natürlich auch – das schlägt sich dann in höheren Kosten nieder – im Bereich der Dienstleistungen. Folglich sind unsere Sozialleistungen höher als in Süd- und Osteuropa.

Deswegen hinkt Ihr Vergleich von eben mit dem einen oder anderen Land, wenn Sie den Vergleich nach entsprechendem Einkommensniveau, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ziehen würden.

(Markus Wagner [AfD]: ... Dänemark, Frankreich! Was reden Sie eigentlich für einen Unsinn?)

– Sie können schreien, Herr Wagner. Sie wollen anscheinend nicht, dass man sich damit sachlich auseinandersetzt.

Zweitens. Die Leistungen für Asylbewerber europaweit zu vergleichen, ist deshalb schon schwierig, weil es unterschiedliche Systeme sind. Sie vergleichen eben Äpfel mit Birnen.

(Markus Wagner [AfD]: Sie können es nicht!)

Drittens. Wie Menschen mit den ihnen zustehende Sozialleistungen umgehen, liegt zuallererst – wir haben die Summen gehört – in ihrer eigenen Verantwortung. Das gilt für uns alle, ob für den deutschen Hartz-IV-Empfänger oder den Asylbewerber.

Sie bringen bewusst Beispiele, die sich eben nicht auf die Allgemeinheit ausbreiten lassen. Es gibt Menschen, die einen Teil ihren Familien in der Heimat zur Verfügung stellen. Es hat – das können Sie gern negieren – trotz allem positive Aspekte, wenn das Geld da eingesetzt wird, wo es von den Menschen gebraucht wird, ob es für einen Arztbesuch, für Lebensmittel, für Medikamente oder auch für Kleidung ist. Dem haben Sie vehement widersprochen.

Viertens. Auch die Stiftung Wissenschaft und Politik sieht das als eine sinnvolle Ergänzung der staatlichen Entwicklungshilfe an. Das wollen Sie nicht wahrhaben. Aber wenn man damit Existenzen von Familien zu Hause sichern kann, sie auch bei kurzfristigen Wirtschaftseinbrüchen schützen kann, dann sollte es eigentlich im Sinne des Antragstellers sein, wenn dadurch weniger Menschen vor Armut fliehen müssen.

Fünftens. Angesichts der Höhe des Barbetrags und des wöchentlichen Auszahlungsrhythmus für die

Flüchtlinge in Landeseinrichtungen dürfte es wohl kaum eine große Rolle spielen, in welcher Form ich Überweisungen in die Heimat tätige.

Sechstens. Eine Umstellung der Geldleistungen haben Sie komplett außer Acht gelassen in Ihrem Antrag und in der Begründung. Die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen ist natürlich mit einem erheblichen administrativen Mehraufwand verbunden. Ich stelle mir vor, diese Leistungen in den Bereichen Freizeit, Kommunikation und Verkehr sollte jetzt die Verwaltung über Sachleistungen sicherstellen.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Wie das mit der Menschenwürde vereinbar ist oder wie man da individuell kulturelle Bedürfnisse berücksichtigt, also wie man das im kleinsten Bereich auch noch kontrollieren und staatlich über ein entsprechendes Bezugssystem regeln möchte, das haben Sie, glaube ich, nicht durchgerechnet.

Siebtens – bleiben wir bei den Fakten –: Die im Antrag angesprochene Sachleistungskarte wurde erst kürzlich in Bayern in einem Ankerzentrum im Rahmen eines Pilotversuchs eingeführt. Diese flächendeckende Umsetzung wäre ein komplexes ressourcen- und kostenintensives Vorhaben. Deswegen sollte man erst mal die Erfahrungen aus diesem einen Pilotversuch abwarten, bevor man über weitergehende Maßnahmen überhaupt diskutiert.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich erspare mir, an dieser Stelle noch auf Ihre diversen falschen Angaben, ob zum Dublin-System, zu deutschen Außengrenzen, zum Thema „Zurückweisung an der Grenze“, einzugehen. Ich nehme mir gern im Ausschuss die Zeit, Ihnen das noch mal zu erklären.

Aber ich habe eingangs schon gesagt: Das setzt voraus, dass Sie Ihren Antrag nicht zurücknehmen, schieben oder keine Anhörung beantragen,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

weil Sie keinen Sachverständigen finden.

Ich glaube, jetzt haben wir uns wirklich sehr sachlich mit dem Antrag auseinandergesetzt,

(Zuruf von der AfD: Das glaube ich nicht!)

vielleicht auch schon eine Minute zu viel.

(Zuruf: Ja, das stimmt auch!)

Aber ich glaube, die hinterste Reihe mache ich damit auch nicht mehr glücklich. Ich hatte schon eines überlegt: Ich will die Kindersendung nicht verunglimpfen, aber mich erinnert das immer wieder an die zwei älteren Herren auf dem Balkon in der „Muppet Show“. Anders kann ich nicht mehr einordnen, wie Sie sich hier manchmal benehmen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Einfach nur blamabel! – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lenzen. Ich muss Ihnen eine Rüge aussprechen, Herr Lenzen. In diesem Hohen Haus wird niemand als Nazi beschimpft – auch nicht indirekt oder andeutungsweise, egal, wo er sitzt, ob in der hinteren Reihe oder vorne. Das müssen wir klar so festhalten. Das schoss über das Ziel unserer parlamentarischen Gepflogenheiten hinaus. Das will ich deutlich sagen.

Das Zweite ist: Auch bei Vergleichen mit irgendwelchen Figuren wäre ich vorsichtiger. Ich glaube, es trägt nicht zum parlamentarischen Austausch bei, wenn wir diese Dinge so vorantreiben.

Ich bitte da bei allen um Verständnis. So bitte nicht. Die Rüge ist hiermit ausgesprochen.

Als Nächste spricht Frau Aymaz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Vieles haben meine Vorredner bereits dargelegt. Schauen wir uns trotzdem die Aussagen an, die wieder einmal in dem AfD-Antrag auftauchen. So heißt es:

„Die Migrationspolitik der Bundesregierung ermöglicht, bedingt durch weitgehend ungesicherte Grenzen, immer noch eine unkontrollierte und unerlaubte Einreise nach Deutschland.“

Meine Güte! Ich habe mich gefragt: Von welchem Land reden Sie eigentlich? Was ist das für eine Realitätsverzerrung? Warum versuchen Sie immer noch, an der Realität vorbeizureden, Angst zu schüren und damit auch eine gewisse Stimmung zu erzeugen, die dazu führt, dass Menschen hier weiterhin angegriffen werden? Die Realität sieht doch völlig anders aus. Das wissen Sie sehr genau. Das machen Sie ganz bewusst.

Die Realität ist, dass weltweit gerade so viele Menschen auf der Flucht sind wie noch nie. Über 70 Millionen!

Die Realität ist, dass es im Moment nur eine ganz, ganz, ganz geringe Anzahl von Menschen überhaupt nach Europa und dann noch nach Deutschland schafft. Die meisten von ihnen müssen gerade vor den Toren Europas – in Bosnien, in der Kälte und noch nicht einmal mit Zelten ausgestattet – ausharren. Das ist die Realität.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Der Antrag spricht von „großzügigen Sozialleistungen“. – Bleiben wir erst einmal bei dieser Aussage: großzügige Sozialleistungen! Meine Vorredner haben eben dargelegt, was damit gemeint ist, über welche Summe wir reden. Um es hier noch mal klarzumachen: Diese sogenannte großzügige Sozialleistung musste 2012 erst einmal vom Bundesverfassungsgericht auf das menschenwürdige Existenzminimum angehoben werden. Sie lag jahrelang sogar unterhalb des menschenwürdigen Existenzminimums. Davon reden Sie.

Aber die Menschenwürde interessiert Sie ja in diesem Falle absolut nicht. Die wollen Sie bei diesen Menschen am liebsten wieder umgehen. Das lassen wir natürlich nicht zu.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Zum Pull-Faktor: Wie zynisch das ist, wurde schon mehrmals dargelegt. Aber es ist nicht nur zynisch, es ist einfach eine Behauptung, zu der Sie einen Wissenschaftler halb und nicht einmal vollständig zitieren.

Ich sage hier in aller Deutlichkeit noch einmal: Migrationsbewegungen sind komplexe Sachverhalte. Die lassen sich nicht auf 130 Euro reduzieren und nur damit erklären. Die sind viel komplexer. Wer dieses komplexe Geschehen auf nur einen Sachverhalt reduzieren will, der hat hier ganz klare, böse Absichten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme zu der Aussage, diese Menschen würden das Taschengeld zweckentfremden, missbrauchen. – Was ist das für eine Wortwahl? Dabei geht es darum, dass diese Menschen selbstständig darüber entscheiden, wie sie mit ihrem Taschengeld umgehen. Ich finde, das können Menschen auch. Sie können selbst darüber entscheiden, was sie damit kaufen, ob sie etwas kaufen, ob sie nichts kaufen, ob sie es sparen, ob sie es Menschen schenken oder sonst was. Das können Menschen selbstständig entscheiden. Diese Entscheidung dürfen wir ihnen nicht wegnehmen.

Hier von Missbrauchsmöglichkeiten zu sprechen, ist noch mal der Versuch, diese schutzsuchenden Menschen unter einen Generalverdacht zu stellen und sie zu kriminalisieren. Das ist die Wortwahl, und das ist der Stil der Politik, die die AfD hier betreibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Abschließend, wenn wir doch auf die Forderung eingehen sollten, das Taschengeld zu streichen und ein Sachleistungsprinzip einzuführen: Wir Grüne haben zuletzt auf Bundesebene im Rahmen der Debatten zum geordneten Rückkehrgesetz deutlich gemacht, dass wir grundsätzlich gegen die schleichende Ausweitung des Sachleistungsprinzips sind. Es ist teurer als Barleistungen, und es bevormundet die Asylsuchenden, da von Amts wegen entschieden werden

soll, was gegessen und eingekauft werden soll. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Helmut Seifen [AfD]: Das war wirklich unterintellektuell!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Aymaz. – Jetzt spricht für die Landesregierung der Minister, Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp³⁾, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Präsident, ich weiß, dass wir eine Geschäftsordnung haben und dass Sie Ordnungsrufe erteilen müssen. Aber angesichts dessen, was man an permanenten Zwischenrufen in einem Dauerfluss auf einem solchen Niveau zu hören bekommt, kann ich zumindest an dieser Stelle mein Verständnis für den Kollegen Lenzen äußern.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP – Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

Ich mache es kurz: Wir haben in den Landeseinrichtungen in großen Teilen auf Sachleistungen umgestellt. Es geht jetzt um die Frage, was mit dem Taschengeld ist. Wir zahlen das Taschengeld wöchentlich aus. Dabei handelt es sich um 31,75 Euro.

Es gibt ein Pilotprojekt in einer einzelnen Einrichtung in Bayern, die auf vollständige Sachleistungen umgestellt hat. Diesen Piloten warten wir ab, um dann die dortigen Erfahrungen zu beurteilen.

Mehr kann ich zu diesem Zeitpunkt zu diesem Antrag nicht sagen und will es, ehrlich gesagt, auch nicht. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. Dafür kann ich noch etwas sagen. Es ist nicht Ihre Aufgabe als Minister, das sitzungsleitende Präsidium in irgendeiner Weise zu kommentieren. Das muss ich so deutlich sagen. Das ist quasi ein rügeähnlicher Hinweis, den ich Ihnen hiermit gebe. Wenn ich das so sage, dann gilt das hier. Das gilt auch für Sie.

Sie können dem Kollegen gegenüber persönlich Verständnis äußern, aber nicht hier in der Runde, weil Sie sich seine Formulierung damit quasi zu eigen machen. Das kann nicht das sein, was Sie wollen – das kann ich mir nicht vorstellen –, weil man doch versuchen muss, vernünftig mit diesen Begriffen umzugehen.

Ich sage es noch einmal ganz deutlich, bei allem Verständnis für allen Streit, den wir miteinander haben. Aber es gibt bestimmte Begriffe, die werfen wir uns gegenseitig nicht an den Kopf, auch nicht indirekt. Ich

möchte, dass das hier im Hohen Hause für alle gilt – für alle! – Danke schön.

Wir sind am Ende der Debatte. Der Ältestenrat schlägt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/7905** an den **Integrationsausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** vor. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5978

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 17/7935

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7966

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die Reden zu Protokoll zu geben. (*siehe Anlage*)

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung, und zwar über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dem zu? – CDU, FDP, SPD und Grüne haben zugestimmt. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die AfD enthält sich. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/7966** einstimmig **angenommen**.

Wir stimmen zweitens ab über die Beschlussempfehlung Drucksache 17/7935. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt in Drucksache 17/7935, den Gesetzentwurf Drucksache 17/5978 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir stimmen ab über die Beschlussempfehlung in der soeben genannten Fassung und nicht über den Gesetzentwurf. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – SPD, Grüne, CDU, FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die AfD enthält sich. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/5978 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 17/7935** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf: